

Notiz II
29.6.92

Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky in Bern, 23. Juni 1992

Eine Delegation des Bundesrates, zusammengesetzt aus Vizepräsident Adolf Ogi sowie den Bundesräten Otto Stich und Jean-Pascal Delamuraz, empfing am 23. Juni 1992 den österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky (V.) zu einem Arbeitssessen im Landgut Lohn. Ziel war ein Gedankenaustausch über die aktuellen politischen Themen. Die Ausführungen V.'s lassen sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

1. Europäische Integration

Oesterreichs "Eurolex"-Paket umfasst 180 Gesetze, also dreimal mehr als in der Schweiz. Dennoch ist V. sicher, dass die parlamentarische Arbeit 1992 zum Abschluss kommt. Insofern sei das österreichische Prozedere viel schneller und einfacher. Im Gegensatz zum EWR muss allerdings ein späterer EG-Beitritt wegen nötiger Verfassungsänderungen dem Volk unterbreitet werden. Was die Beitrittsverhandlungen angeht, so ist vor allem wichtig, dass in Edinburgh der Kommission ein Verhandlungsmandat erteilt wird. Oesterreich will in diesen Verhandlungen den Schwerpunkt auf die Regelungen der Uebergangsfristen und der Zwischenlösungen legen, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft sowie gemeinsamer Aussen- und Sicherheitspolitik. Wien wird auch alles daran setzen, dass das Transitabkommen nicht tangiert wird. Man sollte mit der EG, was die Regelung des Verhältnisses zu Polen, Ungarn und der CSFR betrifft, diesbezüglich in Verhandlungen eintreten, um die offensichtlichen Probleme im Textilbereich und der Autozulieferindustrie zu lösen. Die noch nicht abgeschlossenen EFTA-Verhandlungen mit Polen und Ungarn sollen weitergeführt werden, wobei man versuchen möchte, die Ungleichheiten zur EG auszutarieren. Beide Delegationen vereinbaren im Vorfeld und während den Beitrittsverhandlungen mit der EG engen Kontakt und Informationsaustausch, um die gleichen Interessen möglichst synergiegewinnend ins Spiel bringen zu können.

2. Osteuropa

V. sieht zwei Hauptprobleme: erstens die Stagnierung bei der politischen Normalisierung durch das Fehlen ökonomischer Grundlagen, zweitens das Fehlen einer Koordination der westlichen Hilfe. Investitionen müssten bereits jetzt getätigt werden, bevor die freie Marktwirtschaft voll etabliert sei. Die Destabilisierung des Ostens werde eines Tages auf uns zurückschlagen. Bundesrat Ogi meint, gerade der Beitritt der EFTA-Staaten zur EG würde dieser ein zusätzliches Kraftpaket zur Verbesserung der Osthilfe zuführen.



3. Jugoslawien

Warum ist es der EG oder der UNO nicht gelungen, in Jugoslawien Frieden zu stiften oder den Krieg überhaupt zu verhindern? V. macht dafür die Unmöglichkeit des Findens von Patentrezepten verantwortlich. Fanatisierung, Hass, unüberbrückbare Gegensätze, unklare Grenzen machen Erfolge unmöglich. Der EG werden daher zu Unrecht zu harte Vorwürfe gemacht. Vielleicht hätten allenfalls die Sanktionen früher ergriffen werden sollen. Oesterreich anerkenne das heutige Jugoslawien nicht als Nachfolgestaat und trete für seine Suspendierung in der KSZE ein. Als Hauptproblem erachtet V. die Flüchtlingswelle. Oesterreich nehme täglich 300 Personen aus Jugoslawien auf und sehe seine infrastrukturellen Kapazitäten ohne tatkräftige Mithilfe Italiens, Deutschlands und der Schweiz bald erschöpft. Bereits erschöpft seien die psychischen Kapazitäten der Bevölkerung, wo sich fremdenfeindliche Stimmungen breit machten. Oesterreich beobachtet übrigens ein interessantes Phänomen: Die bosnischen Behörden schieben unerwünschte Zigeuner mittels neuen Pässen ins Ausland ab. Bundesrat Ogi erklärt, die Schweiz prüfe Entlastungsmöglichkeiten für Oesterreich, speziell die Aufnahme von Müttern und Kindern.

4. Neutralität

V. macht einige interessante Ausführungen zur österreichischen Neutralität. Diese werde in Oesterreich ständig hinterfragt. Entweder fürchte man ihren Verlust oder halte sie nicht mehr für wichtig. Zwischen diesen Extremen liegt es am Regierungschef, ein ruhiges Fahrwasser zu finden: ja keine Angst erzeugen, aber auch nicht an eventuell unzeitgemässen Formeln festhalten. In diesem Sinne sei die Neutralität als alleiniges Sicherheitskonzept heute überholt. Es sei unmöglich, beim Ueberschwappen von Konflikten im Nachbarland (Beispiel Tschechei-Slowakei) abseits zu stehen. Andererseits habe die Neutralität auch eine vernünftige Funktion. Sie über Bord zu werfen, gehe nicht an, und sei es schliesslich nur aus psychologischen Gründen.

5. Bretton Woods Institutionen

Bundesrat Stich erläutert die Bemühungen der Schweiz um Bildung und Führung einer Stimmrechtsgruppe, wobei u.a. auch die Möglichkeit eines Einschlusses Oesterreichs in diese Gruppe sondiert wird. Oesterreich hat jedoch keine Absicht, seine jetzige Gruppe zu verlassen, da es in einer schweizerischen Gruppe nicht besser gestellt wäre.